

Schöner glauben

Friedensfragen: „Weg zum Frieden“, FR-Politik vom 6. Januar

Das Positiv-Szenario der Initiative „Sicherheit neu denken“, wie bis 2040 „die aktuell noch wesentlich militärisch bestimmte Sicherheitspolitik durch eine Zivile Geostrategie der EU überwunden werden kann“, hat mich fast zu Tränen gerührt! Zu schön das Szenario, um Wirklichkeit zu werden! Schade, dass die Verfasser nicht erwähnt haben, wann sie letztmals Kontakt mit Putin und Xi hatten, um wenigstens grob abzuchecken, was diese Herren, der eine bezogen auf die Ukraine, der andere auf Taiwan, von der Zivilen Geostrategie der EU halten! Ob sie Putin und Xi ermuntern würde, ihre imperialistischen Ambitionen aufzugeben? Oder im Gegenteil, diese noch befördern würde?

Richtig schön finde ich auch den Glauben der Verfasser, dass unsere Welt sicherer und gerechter wird, wenn die „bisherige globale westliche Dominanz“ (gab es die wirklich?) durch „eine kooperative (!?) multilaterale Weltordnung“ abgelöst wird, in der vor allem China, unterstützt von Russland, zu einem, wenn nicht dem dominierenden Akteur wird! Dann stellen sich diese „Gut-Gläubigen“ (oder sind es eher „Leicht-Gläubige“?) „eine UN-gesicherte Neutralitätszone für alle Staaten zwischen der Nato und Russland“ vor, also z.B. für Belarus und die Ukraine! Erst jüngst haben im Grenzgebiet zwischen Israel und dem Libanon stationierte UN-Friedenstruppen einen Krieg zwischen Israel und der Hisbollah nicht verhindern können! Vom Versagen von UN-Truppen in Srebrenica ganz zu schweigen!

Nein, das Positiv-Szenario ersetzt keine Realpolitik! Eine friedliche Welt braucht Staatsführer, die Frieden wollen, gleichzeitig aber auch gewillt sind, andere durch glaubwürdige Abschreckung oder in letzter Konsequenz auch den Einsatz von Waffen daran zu hindern, ihre Ziele mit Waffengewalt zu erreichen! Erwin Beck, Remshalden

Friedliche Perspektive

Zu: „Ursula von der Leyen erhält den Karlspreis“, FR vom 16. Januar

Ich bin enttäuscht darüber, dass Gorbatschow den Aachener Karlspreis selbst posthum nicht erhält. Welcher Mensch hat mehr für Frieden und Abrüstung in Europa und für die Einheit Deutschlands getan? Die Missachtung von Gorbatschows Ideen eines gemeinsamen friedlichen Europas macht deutlich, dass er im Westen nie ernstgenommen wurde. Welche Chancen wurden vertan ...

Als Aachener schäme ich mich, dass Gorbatschow den Preis wohl nie bekommen wird. Auch 2025 wäre seine Auszeichnung posthum ein positives Zeichen an ein anderes, friedlicheres Russland gewesen. Aber geht es beim Karlspreis überhaupt noch um eine friedliche Perspektive für Europa? Kurt Lennartz, Aachen



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:
Bronski

Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Mailen Sie an:

Bronski@fr.de oder
Forum@fr.de

Bitte geben Sie immer
Ihre Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre
Zuschrift online unter
www.frblog.de
publiziert werden kann.
Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor,
Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

FORUM ONLINE

Alle Stimmen aus diesem Forum wurden online im FR-Blog veröffentlicht, der Fortsetzung des Print-Forums im Internet.
Lesen Sie:
frblog.de/f20250120
Dort können Sie Ihre Meinung auch selbst veröffentlichen.

FR ERLEBEN

Stephan Hebel lädt ein zu „Hebels aktueller Stunde“ mit Vortrag und Diskussion zu politischen Themen. Livestream unter fr.de/hebelsstunde
Donnerstag, 23.1., 19 Uhr Club Voltaire Kleine Hochstraße 5 Frankfurt

Stephan Hebel moderiert die Diskussion zum Thema „Brauchen wir ein AfD-Verbot?“ Mit Michèle Winkler (Komitee für Grundrechte und Demokratie), Axel Schäfer (MdB, SPD) und anderen.
Freitag, 24. Januar, 19 Uhr Kulturzentrum „Rotunde“ Am Kulturgleis 3-5, Bochum

Claus-Jürgen Göpfert spricht mit dem neuen Hoffnungsträger der Linken, dem sächsischen Landtagsabgeordneten Nam Duy Nguyen.
Donnerstag, 30.1., 19 Uhr Club Voltaire Kleine Hochstraße 5 Frankfurt

Stephan Hebel moderiert die „Rödelheimer Runde“ mit örtlichen Kandidatinnen und Kandidaten für die Bundestagswahl.
Freitag, 31. Januar, 19 Uhr Rödelheimer Vereinsringhaus Friedel-Schomann-Weg 7 Frankfurt

Die Demokratie wird untergraben

AfD: „Abrissbirne für Deutschland“, FR-Feuilleton v. 14.1., und „Gefährlich wie nie“, FR-Meinung v. 13.1.

Kein Denktzettel für die Etablierten

Spätestens nach diesem Parteitag sollte jeder und jedem klar sein, wofür diese Partei AfD steht. Weiteres Lamentieren darüber, ob diese Gruppierung nun in Teilen oder im Ganzen oder vielleicht nur ein bisschen rechtsradikal und/oder rassistisch sei, haben sich damit erübrigt. Genau so erübrigt haben sich Äußerungen der Protestwähler:innen, dieser Partei ihre Stimme zu geben, um den Etablierten einen Denktzettel zu verpassen, weil sie die einzigen sind, die die Wahrheit reden, die für „unser Land“ etwas tun, etc. Wer jetzt noch AfD wählt, durchschaut die wahren Absichten dieser „Rattenfänger“ nicht.

Lorenz Breiting, Rimpfar

Die „Brandmauer“ ist ein politischer Fehler

Das Wort Demokratie bedeutet laut Wikipedia „Macht oder Herrschaft des Volkes“. Geheime Wahlen und die Teilnahme aller an der politischen Willensbildung sind die wesentlichen Elemente der Demokratie. Die Argumente der verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen müssen in einer Demokratie auf den Tisch und ohne Scheu öffentlich diskutiert werden können. Zur Demokratie gehört auch das Einhalten von Spielregeln – gewählt ist gewählt, auch wenn es für einen oder anderen Teilnehmer nachteilig sein mö-



Auf einer Demo in Karlsruhe am 18. Januar

ge. Man kann nicht die Resultate nur dann akzeptieren, wenn sie dem eigenen Vorteil dienen, so Egon Bahr.

Ich halte die „Brandmauer“ zur AfD für einen politischen Fehler. Wir können nicht Millionen von Wählern ignorieren, man muss sich mit ihren Argumenten auseinandersetzen. Wenn die Argumente gut sind, dann sollte man diese vorbehaltlos akzeptieren. Schildbürgerstreiche wie den Abriss aller Windkraftäder natürlich nicht.

Die „Brandmauer“ verleiht kleineren Parteien überproportionalen politi-

schen Einfluss, wie wir es gegenwärtig erleben. Andererseits besteht die Gefahr, dass bei einer Wirtschaftskrise die AfD unverhältnismäßig große Bedeutung erlangt. Sie kann argumentieren: „Das haben wir nicht verursacht, wir waren von allen politischen Entscheidungen ausgeschlossen“. Eine Gesellschaft, die eine „Brandmauer“ errichtet, um große Teile der Bevölkerung mit ihren Argumenten von der Willensbildung auszuschließen, untergräbt die Demokratie.

Karl Hahn, Bad Salzungen

Diskussion: frblog.de/radikal

Mancher lässt sich abschrecken

Zu: „Solar boomt wie nie zuvor“, FR-Wirtschaft vom 7. Januar

Eine Abregelung von Fotovoltaikanlagen bei Überproduktion und zu geringem Verbrauch ist schon seit 2011 im Netz etabliert.

Ich baue seit über 20 Jahren Fotovoltaik-Anlagen. Schon 2008 wurde festgestellt, dass die Netzstabilität bei dem zu erwartenden Ausbau in Gefahr gerät. Daraufhin wurde von den Wechselrichter-Herstellern verlangt, die Geräte so umzuprogrammieren (umzuparametrieren), dass sie bei zu hoher Netzleistung selbstständig die Leistung reduzieren beziehungsweise abschalten. Das damals installierte Verfahren ist selbst unter den vielen Fachleuten in Deutschland weitgehend unbekannt.

Je mehr Strom im Netz ist, desto höher wird die Frequenz im Netz. Das Netz arbeitet nicht mehr mit 50 Hz, sondern zum Beispiel mit 50,07 Hz. Die Wechselrichter sind wiederum so programmiert, dass sie z.B. bei 50,05 Hz ganz langsam ihre Leistung reduzieren und, sobald ein bestimmter Wert überschritten wird, vollständig abschalten. Damit wird die Leistung im Netz langsam wieder reduziert. Die Frequenz sinkt, das Netz stabilisiert sich.

Neulich war ich auf einer Veranstaltung eines großen Solaranlagen-Großhändlers, bei dem auch über 100 Solarteure aus Deutschland vertreten waren. Nachdem ich diesen

Punkt angesprochen hatte, waren 95 Prozent der Anwesenden nicht über diesen Sachstand informiert.

Aus meiner Sicht wird hier unnötig Panik verbreitet, um sicherzustellen, dass möglichst viele konventionelle Kraftwerke im Netz bleiben können. Nur an diesen verdient die Großindustrie. Jede kleine Solaranlage fürs Eigenheim vermindert den Gewinn der konventionellen Anbieter. Mit der jetzt verbreiteten Panik wird der interessierte Kunde verunsichert, da man androht, seine PV-Anlage nach Belieben abzuschalten. Damit rechnet sich seine Investition weniger, und so mancher lässt sich abschrecken.

Norbert Hecker, Rüsselsheim

Im Vorhof der USA droht ein Putsch

Venezuela: „Wo Unverfrorenheit und Autoritarismus siegen“, FR-Politik vom 13. Januar

Sehr richtig stellt dieser Artikel zunächst fest, dass ein Staatsstreich undemokratisch wäre, auch in Venezuela. Nur um daraufhin weiteren und stärkeren Sanktionen gegen Maduro das Wort zu reden, die vor allem im US-Interesse liegen und genau das befördern sollen, nämlich einen

Umsturz. Warum überziehen die USA das Land seit Jahren mit Sanktionen? Und warum unterstützen und initiieren sie Putschversuche? Weil US-Konzerne sich gern die reichen Ölvorkommen unter den Nagel reißen wollen. Die hatte Maduros Vorgänger Chavez verstaatlicht und damit die-

sen Konzernen entrissen. Aus US-Sicht das größtmögliche Vergehen in ihrem Vorhof. Jetzt ist Trump wieder am Ruder. Wahrscheinlich wird er aus demselben Grund wieder einen Putsch versuchen, wie schon 2019 und wie Bush jr. im Jahr 2002 gegen Chavez.

Hans-Peter Piepho, Ostfildern

Ideologische C-Parteien

Atomausschuss: „Unsinniges Gremium“, FR-Politik vom 18.1.

Eigentlich erwarte ich von journalistischen Kommentatoren, dass dieser Bundestagsausschuss als politisches Schmierentheater der C-Parteien identifiziert wird. Vor der Wahl soll noch schnell in die Hirne der künftigen Wähler gepflanzt werden, der Fortbestand der Energieerzeugung mit Kernkraftwerken sei allein eine Frage politischen Willens. Anders Handelnden soll ideologisches Verhalten angehängt werden!

Es ist gerade umgekehrt: Die Ideologen sitzen in den C-Parteien! Dort werden die wahren Verhältnisse ignoriert. Die Ereignisse in Frankreich werden übergangen! In den heißen Sommern der letzten Jahre fehlte französischen Kernkraftwerken das Kühlwasser oder manche der dortigen Kernkraftwerke waren defekt, Deutschland half mit Energie aus Sonnen- und Windkraft aus. Wer industrielle Entwicklung verhindern und behindern will, der handelt nach dem Motto „Rein in die Kartoffeln, raus aus den Kartoffeln!“ Gerade so, wie es die C-Parteien für politisch opportun halten.

Die Technik der deutschen Kernkraftwerke war 30 und mehr Jahre alt, teils erneuerungsbedürftig. Ein Egomane wie Ministerpräsident Söder kann so etwas nicht einsehen, mit seinem politischen Zauberstab kann er solche Nebensächlichkeiten wegzubern. Leider glauben ja auch viele Menschen, Energie aus Kernkraftwerken sei besonders preiswert. Das kann schon sein, wenn man sich die Kraftwerke bauen lässt. Das Geld dafür fällt vom Himmel, die Nebenkosten bezahlt der Steuerzahler oder der Weihnachtsmann, den schnöden „Verbrennungsrest“ wünscht man zum Teufel, bis ein Endlager möglichst weit weg gefunden ist.

Allein dieser Ausschuss beweist: Die C-Parteien wollen zurück in die kuschelige Vergangenheit, als Adenauer noch meinte: Wat interessiert mich der Sch... , den ich gestern erzählt habe!

Carsten Dietrich Brink, Gauting

Wir haben die Nase voll

Armutsgefahr: „Parteiprogramme“, FR-Tagesthema vom 14.1.

Und ewig grüßt das Murmeltier: Ich war über 30 Jahre in der Beratung mit Alleinerziehenden tätig und muss seitdem jedes Jahr hören: „Alleinerziehende sind besonders von Armut gefährdet“ und „Die Rahmenbedingungen müssten sich ändern!“ Das erklärt die grüne Ministerin Lisa Paus am Ende ihrer Amtszeit! Ja, liebe Frau Paus, warum haben Sie es nicht während Ihrer Amtszeit endlich getan? Merken die Regierenden eigentlich immer noch nicht, dass wir Bürger und Bürgerinnen von derartiger Augenwischerei die Nase gestrichen voll haben? Letztlich sind es solche Vorgänge, die unsere Demokratie gefährden!

Sabine Reif, Mülheim